

Die Rechnungskontrollbehörde versicherte zugleich, daß sie die Aufsicht über die Mittelverwendung in Weltbankprojekten erheblich verschärfen werde. Dies richte sich auch gegen "örtliche Rechnungskontrollorgane, die bewußt Probleme kaschieren" und so die Aufdeckung von Korruptionsfällen behinderten. (SCMP, 24.11.1997)

Ein Sprecher der Weltbankrepräsentanz in Beijing machte deutlich, daß man sich trotz solcher Unregelmäßigkeiten weiterhin stark in China engagieren werde. Die chinesische Regierung habe die Rechnungskontrolle nach der Aufdeckung mehrerer Korruptionsfälle jüngst erheblich verstärkt. Außerdem hätten die bisherigen Fälle „kein so großes Ausmaß“ besessen, um das gesamte Hilfsprogramm in Frage zu stellen: „Dies ist nichts Einzigartiges. Es passiert in anderen Ländern auch.“ In China seien zudem die fehlgeleiteten Mittel nach der Aufdeckung der Korruptionsfälle durchweg wieder ihrem ursprünglich vorgesehenen Zweck zugeführt worden. (SCMP, 25.11.1997)

Die VR China ist seit 1980 zum größten Kreditnehmer der Weltbank aufgestiegen. Kredite in einem Volumen von 28 Milliarden US-Dollar sind inzwischen an China vergeben worden, darunter knapp acht Milliarden US-Dollar an niedrig verzinsten Krediten für die Agrarentwicklung. -hei-

---

## Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

---

### 9 Qualitative Bildung

Seit mehreren Monaten wird die Bildungspolitik von dem Schlagwort „qualitative Bildung“ (*suzhi jiaoyu*) beherrscht (vgl. dazu C.a., 1997/7, Ü 9). Damit ist gemeint, daß Schulkinder nicht mehr ausschließlich für die Prüfungen lernen sollen, ihnen also nicht nur Prüfungsstoff eingeimpft wird, sondern daß ihnen Kenntnisse vermittelt werden, die sie in geeigneter Weise auf das 21. Jh. vorbereiten, daß sie vor allem selbständiges Denken, Eigeninitiative und Flexibilität lernen.

Um die qualitative Bildung zu fördern, hat die Staatliche Bildungskommission kürzlich „Einige Ansichten bezüglich der gegenwärtigen Förderung einer qualitativen Bildung an Grund- und Mittelschulen“ herausgegeben. Derartige Meinungsäußerungen der Zentrale haben für die örtlichen Regierungen einigermaßen bindende Wirkung, wenn auch keine Gesetzeskraft. Im vorliegenden Fall sollen die Ansichten der Bildungskommission hinsichtlich qualitativer Bildung in die allgemeine Bildungspolitik eingehen. In dem Rundschreiben sind zehn Maßnahmen niedergelegt, die zu einer qualitativen Bildung führen sollen.

1. Schwache Schulen sollen gestärkt werden. Dabei müssen die örtlichen Stellen von der realen Situation ausgehen und einen Gesamtplan zur Reform der schwachen Schulen vorlegen.  
2. Lehrpläne und Lehrmaterialien sollen verbessert werden mit dem Ziel, das Niveau der Schüler anzuheben. Dabei soll ungeeigneter Lehrstoff entfallen und eine planmäßige, schrittweise Reform der Lehrpläne und Schulbücher auf der Grundlage pädagogischer Forschung und Erfahrung durchgeführt werden.

3. Es muß ein neues Bewertungssystem für die Einhaltung der Kriterien für qualitative Bildung aufgestellt werden; so müssen Prüfungsergebnisse neu bewertet werden; keinesfalls sollen die Übergangsraten als Maßstab für das Niveau der Schulen und für die Arbeit der Lehrer dienen.

4. Die Reform der Aufnahmeprüfungen für die nächst höhere Schule muß beschleunigt werden. Dort, wo die neunjährige Schulpflicht eingeführt ist, müssen schnellstmöglich die Grundsätze verwirklicht werden, daß Absolventen der Grundschule ohne Aufnahmeprüfung in die Unterstufe der Mittelschule übernommen werden, und zwar in eine Schule in Wohnnähe (dies bedeutet, daß Schulen sich die Schüler nicht nach Begabung oder dem Geldbeutel der Eltern aussuchen dürfen, sondern daß sie alle Schüler in ihrem Bezirk aufnehmen müssen).

5. Das System der Aufnahmeprüfungen zu den Hochschulen soll reformiert werden (es soll flexibler gehandhabt werden, wobei man mehr und mehr von den national einheitlichen Aufnahmeprüfungen abkommen wird).

6. Die moralische Bildung soll verbessert und intensiviert werden.

7. Aufbau eines Kontingents von Schulleitern und Lehrern von hoher Qualität und Förderung der Lehrerfortbildung.

8. Bei der Reform hin zu qualitati-

ver Bildung soll von der Realität ausgegangen werden und sollen regionale Experimente gemacht werden. Außerdem soll die pädagogische Forschung intensiviert werden.

9. Entsprechend den vom Staatsrat erlassenen Bestimmungen sollen im Rahmen der Elementarbildung hervorragende Unterrichtsleistungen im Sinne der Vermittlung qualitativer Bildung ausgezeichnet werden.

10. Das Bildungswesen soll mit aller Kraft entwickelt werden. (RMRB, GMRB, 18.11.97)

In diesen zehn Punkten spiegelt sich eine Reihe von Bildungsreformen wider, die seit Beginn der Bildungsreform 1985 ins Auge gefaßt wurden, aber noch längst nicht alle verwirklicht sind. Dazu zählt als gravierendste Maßnahme die Abschaffung der Aufnahmeprüfungen im Pflichtschulbereich. Sie soll dazu beitragen, die Belastung der Schüler zu vermindern und ihnen den Prüfungsdruck zu nehmen. Auch die Reform der Curricula gehört dazu, doch werden hier keine konkreten Vorstellungen geäußert. Lediglich die Betonung moralischer Bildung zeigt an, daß diese ein wichtiger Bestandteil qualitativer Bildung zu sein hat. Die Reform der Lehrerbildung im Sinne festgelegter Qualifikationen ist ebenfalls angesprochen. Dies verdeutlicht, in welch hohem Maße eine qualitative Bildung von der Qualität der Lehrer abhängt.

Aus dem Zirkular geht nicht hervor, was unter „qualitativer Bildung“ genau zu verstehen ist. Aufschluß hierüber können Berichte einzelner Städte oder sonstiger Ortschaften über die praktische Umsetzung der Forderung nach qualitativer Bildung geben. Sie lassen erkennen, daß die moralische Formung der Schulkinder tatsächlich ein Wesensmerkmal qualitativer Bildung zu sein scheint. In einem Bericht über die Anhebung des qualitativen Niveaus der Schulkinder auf den Grund- und Mittelschulen der Sonderwirtschaftszone Shenzhen z.B. wird dargelegt, daß das Bildungsamt in Shenzhen zur Intensivierung der qualitativen Bildung besonderen Wert darauf legt, daß die Kinder auf der Schule auch körperliche Arbeit und gesellschaftliche Praxis lernen. Arbeitstechniken und praktische soziale Aktivitäten sind Pflichtfächer, und zwar müssen auf der Grundschule pro Woche mindestens zwei Stunden, auf der Mittelschule pro Woche mindestens drei Stunden Arbeitsunterricht gegeben werden. Außerdem müssen Grundschüler der oberen Klassen pro Jahr mindestens eine Woche an prak-



tischen sozialen Aktivitäten teilnehmen, Mittelschüler mindestens zwei Wochen pro Jahr. Keine Schule darf wegen Prüfungen den Arbeitsunterricht ausfallen lassen. (Vgl. GMRB, 14.11.97)

Zwar werden heute im Gegensatz zur maoistischen Zeit Schulkinder nicht mehr in Fabriken und aufs Land zu harter körperlicher Arbeit geschickt, sondern es wird eine mildere Form praxisorientierten Unterrichts angewendet, die alle möglichen Arten von Gemeinschaftsdiensten umfassen kann. Dennoch sind auch heute die chinesischen Bildungspolitiker davon überzeugt, daß körperliche und praktische Arbeit aus pädagogischen Gründen für die heranwachsende Jugend unerlässlich ist. Der pädagogische Sinn liegt darin, daß die Schüler nicht nur Wissen akkumulieren, sondern auch für die Praxis vorbereitet werden und keinen Bildungsdünkel entwickeln. Insbesondere dieser letzte moralische Aspekt ist von großer Bedeutung.

Die Institutionalisierung körperlich-praktischer Arbeit wird in Shenzhen begleitet durch eine „Shenzhener Strategie zur Entwicklung der Bildung“, in der ein Acht-Punkte-Katalog (die sog. „Achtmal eins“ - *bage yi*) zu Zielen und Aufgaben der körperlichen und sozialen Arbeit formuliert wird. Die acht Punkte vermitteln einen Eindruck von der moralischen Bildung, die Schulkindern zuteil werden soll. Folgendes soll ausgebildet werden:

- eine Gewohnheit (Gewohnheit, körperlich zu arbeiten)
- ein Gefühl (körperliche Arbeit heiß lieben und ein Gefühl für die Werktätigen zu entwickeln)
- eine technische Fähigkeit (eine grundlegende technische Fähigkeit körperlicher Arbeit)
- einen Geist (den Geist der harten Arbeit, der Sparsamkeit und des harten Kampfes)
- eine Verantwortung (sich um den Staat, das Kollektiv und andere Menschen kümmern)
- eine Methode (Anwendung des dialektisch-materialistischen Standpunkts bei der Analyse von Problemen)
- eine Erkenntnis (die besonderen Bedingungen Chinas und der Stadt verstehen)
- eine Auffassung (die Lebens- und Wertvorstellung, dem Volk zu dienen) (ebd.)

Wenn die Jugend im Sinne dieser acht Punkte erzogen wird, so die Überzeugung der Bildungspolitiker und der Partei, dann ist sie moralisch für das 21. Jahrhundert gewappnet und gegen unerwünschtes westliches Gedankengut gefeit. -st-

## 10 Chinesisch-amerikanische Ausbildungsprogramme

Kürzlich haben mehrere chinesische und US-amerikanische Universitäten Verträge über gemeinsame Ausbildungsprogramme für Führungskräfte geschlossen. Hauptsächlich sollen Manager ausgebildet werden. So wird beispielsweise die Wharton School of Business der University of Pennsylvania chinesischen Regierungsbeamten in Management und freier Marktwirtschaft Kurse erteilen. Sie ist die erste amerikanische Business School, die mit China eine vertragliche Verbindung eingegangen ist. Im Gespräch sind auch Ausbildungsprogramme für Verwaltungsbeamte der Provinz Jiangsu und für Manager eines Staatsbetriebes in Shanghai. Für die Beijinger Regierungsbeamten wird Wharton die Kosten für einen zweiwöchigen Kursus in den USA übernehmen. Für die Beamten aus Jiangsu und die Manager aus Shanghai zahlen Jiangsu und Shanghai die Kursgebühren und Aufenthaltskosten. (SCMP, 29.10.97)

Während es sich bei dem Whartoner Angebot um ein Fortbildungsprogramm handelt, gibt es auch gemeinsame reguläre Ausbildungsprogramme für Studenten. Zwischen der Chinesischen Volksuniversität (Beijing) und der State University of New York wurde ein gemeinsames Studienprogramm zur Ausbildung von Managern chinesischer Unternehmen aufgelegt, das zum MBA (Master of Business Administration) führen soll. Auf amerikanischer Seite wird das Programm von dem Unternehmen Praxair gesponsert, dem größten Produzenten der USA von Gas für industrielle Zwecke. Professoren der Volksuniversität und der Business School der State University of New York wollen das MBA-Programm gemeinsam entwickeln. Vorgesehen ist, daß die chinesischen Studenten zwei Jahre an der Volksuniversität verbringen, wo sie von Professoren beider Universitäten in englischer Sprache unterrichtet werden. Das letzte Semester studieren sie in den USA, wo sie dann von der Business School der New York State University ihr Diplom erhalten. Wie es heißt, wird China in den kom-

menden Jahren für die Reform der Staatsunternehmen eine neue Generation von Managern benötigen. (XNA, 25.11.97)

Ein ähnliches Programm, das jedoch auf die Ausbildung von Mitarbeitern internationaler Firmen in China und den USA gerichtet ist, plant die Universität von Minnesota in Zusammenarbeit mit mehreren chinesischen Universitäten. Im Rahmen dieses Programms sollen chinesische Studenten mit praktischen Management-Erfahrungen in den USA vertraut gemacht werden, während amerikanische Studenten das gleiche in China lernen sollen. Eine Neuerung ist die Aufnahme der Unternehmenskultur in den Studiengang. Auf dieses Thema wird besonders großer Wert gelegt, weil die Unternehmenskultur heute für den Erfolg eines Unternehmens, besonders für ein internationales Unternehmen, als sehr wichtig angesehen wird. Die Absolventen dieses Studienganges werden mit dem Master's Degree in Global Manufacturing der Universität von Minnesota oder ihren Partneruniversitäten in China abschließen. Das Programm wird in enger Zusammenarbeit mit internationalen Firmen durchgeführt, die sowohl Firmenmitarbeiter als auch Studenten sponsern und Praktika in ihren Firmen anbieten wollen. (XNA, 27.11.97)

Bislang dürfen ausländische Organisationen oder Einzelpersonen Schulen in China nur in enger Kooperation mit den chinesischen Bildungsbehörden oder chinesischen Partnerinstitutionen gründen. In allen aufgeführten Beispielen ist dies der Fall. Gerade im Hinblick auf die Umstrukturierung der Staatsunternehmen in China wird das Problem der Umschulung und Weiterbildung entlassener Führungskräfte immer akuter, damit diese mit marktwirtschaftlichen Methoden vertraut werden. Deshalb werden sich chinesisch-ausländische Kooperationen im tertiären Bildungssektor in Zukunft ausweiten. -st-

## 11 Sinken der Analphabetenrate

Im November 1997 tagte das dem Staatsrat unterstehende Nationale Koordinierungsgremium für die Abschaffung des Analphabetentums und legte bei dieser Gelegenheit die neuesten diesbezüglichen Statistiken vor. Danach sollen jetzt 73 Prozent aller Kreise das Analphabetentum unter jüngeren Menschen abgeschafft haben.



Insbesondere die Fünfjahresperiode 1991 - 1995 soll sehr erfolgreich gewesen sein. In diesem Jahr fünf soll sich in ganz China die Zahl der Analphabeten (von 15 Jahren an aufwärts) von 180 Mio. auf 145 Mio. verringert haben. Darunter befanden sich rund 25 Mio. jüngere Leute (im Alter zwischen 15 und 40?). Deren Zahl soll in diesem Zeitraum von rund 62 Mio. auf 37,5 Mio. gesunken sein. (Vgl. GMRB, 12.11.97)

Damit wären in fünf Jahren insgesamt 35 Mio. Analphabeten alphabetisiert worden, d.h. pro Jahr 7 Mio. Dies muß erstaunen, denn nicht nur ist die Zahl der jährlich neu Alphabetisierten rückläufig, sondern von chinesischer Seite wird auch immer hervorgehoben, daß die Kapazität ausreicht, pro Jahr 4-5 Mio. zu alphabetisieren. Dem entspricht eine offizielle Verlautbarung, daß im Jahre 1996 gut 4 Mio. alphabetisiert wurden (XNA, 12.11.97). Eine Differenz von 2 bis 3 Mio. läßt sich nicht mit den Ungenauigkeiten chinesischer Statistiken erklären. Vielmehr scheint es verschiedene Zählweisen zu geben. Wenn von 4-5 Mio. Alphabetisierten pro Jahr die Rede ist, sind offensichtlich nur jüngere Menschen zwischen 15 und 40 (oder 50?) Jahren gemeint und die Erwachsenen, die Lesen und Schreiben gelernt haben, nicht mitgezählt.

Entsprechend der Planung des Nationalen Koordinierungsgremiums sollte bis 1996 der Anteil der Analphabeten unter den jüngeren Menschen in zehn Provinzen auf unter 5% gedrückt sein. Bis 1998 soll das gleiche Ziel in 14 weiteren Provinzen erreicht sein. In den restlichen Provinzen und autonomen Gebieten soll die Analphabetenrate bis zum Jahr 2000 auf unter 15% verringert sein (vgl. C.a., 1996/9, S.872/3). In diesem Jahr haben nach offizieller Überprüfung neben den ersten zehn Provinzen zwei weitere das Planziel erreicht, nämlich Shanxi und Hebei, wo die Analphabetenrate unter jüngeren Menschen weniger als 5% beträgt. Subtrahiert man die zwei Provinzen von den 14 Provinzen der zweiten Gruppe, wären es 12 Provinzen, die das genannte Ziel bis 1998 anstreben müßten. Nunmehr ist jedoch nur noch von elf Provinzen dieser zweiten Gruppe die Rede, d.h. der Plan wurde leicht revidiert, weil mindestens eine Provinz den Plan nicht erfüllen kann (vgl. GMRB, 12.11.97). Tatsächlich gibt es große Probleme bei der Bewältigung der Aufgabe, die auch auf der Tagung des Koordinierungsgremiums offen zur Sprache kamen:

So sei die Gesamtzahl der Analphabeten in China immer noch sehr hoch, nämlich 145 Mio., darunter 37,5 Mio. jüngere Menschen. Außerdem würden ständig neue Analphabeten produziert (vor allem aufgrund der hohen Zahl von Schulabbrechern). Der Anteil der Mädchen sei sehr hoch, desgleichen derjenige von Bewohnern ländlicher Armuts- und Nationalitätengebiete. In den letzten Jahren sei ein Absinken der Erfolgsquote zu verzeichnen. Wenn man diese Tendenz nicht umkehren könne, dann sei das Ziel, das Analphabetentum bis zum Ende des Jahrhunderts im wesentlichen auszumerzen, nicht erreichbar (vgl. ebd.). Angesichts dieser Probleme scheint die Realisierung des Planziels mehr als fraglich. -st-

## 12 Umweltschutzkonferenz

Vom 18.-21. November fand in der chinesischen Hauptstadt ein internationales Umweltforum statt, das von der Chinesischen Gesellschaft für Umweltwissenschaft und vom Chinesischen Institut für Humanökologie veranstaltet wurde. Es handelte sich um die erste Umweltkonferenz dieses Ausmaßes in China. An der Konferenz nahmen Regierungsvertreter, Repräsentanten internationaler Umweltschutzorganisationen und -programme, darunter auch der UNO, und Wissenschaftler aus über 20 Ländern teil. Zu den behandelten Themen zählten Chinas Umweltgesetzgebung, biologische Artenvielfalt, Umwelterziehung, nachhaltige Entwicklung, Energieprobleme sowie die Anwendung von Wissenschaft und Technik im Umweltschutz.

In einer Grußadresse betonte der chinesische Staatspräsident Jiang Zemin, daß China dem Umweltschutz große Bedeutung beimesse und besonderes Augenmerk darauf lege, die Bevölkerung zur Teilnahme an Umweltschutzmaßnahmen zu mobilisieren. Er rief die Forumsteilnehmer auf, Vorschläge für Chinas Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung zu machen. Der Direktor des Staatlichen Büros für Umweltschutz Xie Zehua bekräftigte Chinas Bereitschaft, sich bei seinen Umweltprojekten an die internationalen Konventionen zu halten. Gemäß dem staatlichen Umweltschutzplan wolle China bis zum Jahr 2000 die Eskalation der Umweltverschmutzung und Zerstörung der Umwelt unter Kontrolle haben und bis zum Jahr 2010 eine Umkehr der Trends erreichen. Gegenwärtig gebe

es in China 1.600 Umweltprogramme, darunter vor allem die großen Projekte zur Eindämmung der Wasserverschmutzung in den Flüssen Huaihe, Liaohe und Haihe sowie in den großen Seen Dianchi, Chaohu und Taihu. Auch für die Bekämpfung der Luftverschmutzung, die Kontrolle von Kraftwerkemissionen und metallverarbeitenden Betrieben und den Schutz der Ozonschicht seien Mittel bereitgestellt worden. Xie wies auch darauf hin, daß in China nach dem Verursacherprinzip die Betriebe selbst für Umweltschäden aufkommen müßten, die sie verursacht hätten. Die örtlichen Regierungen seien gehalten, Mittel für Umweltschutzprojekte bereitzustellen, wobei die Zentralregierung solche Projekte durch zusätzliche Investitionen, Kredite und ausländische Investitionen unterstützen werde. Auch stünden Kredite der Weltbank, der Asian Development Bank und ausländischer Regierungen für Umweltprojekte zur Verfügung. (Vgl. XNA, 6. u. 19.-21.11.97)

Vor allem Japan ist sehr daran interessiert, daß China mehr für seine Umwelt investiert, denn viele der Umweltprobleme Japans haben ihren Ursprung in China. Kürzlich haben beide Länder ein Abkommen über die Zusammenarbeit bei der Lösung von Umweltproblemen in China geschlossen (SCMP, 13.11.97).

Unterdessen wurden in China zum erstenmal sechs Städte als „Modellstädte im Umweltschutz“ für besondere Leistungen ausgezeichnet. Die Auszeichnung gilt als die höchste in China auf dem Gebiet des Umweltschutzes. Es handelt sich um die Hafenstädte Zhangjiagang, Dalian, Shenzhen, Xiamen, Weihai und Zhuhai. Sie hätten schnelles Wachstum mit sauberer Umwelt vereinbart, heißt es (RMRB, 5.11.97). -st-

## 13 Zunehmend alternde Gesellschaft

China hat zunehmend mit den Problemen einer alternden Gesellschaft zu tun. Der Anteil der Alten an der Bevölkerung nimmt immer mehr zu, was neben dem allgemein höheren Lebensstandard und den besseren Gesundheitsbedingungen vor allem auch auf die Propagierung der Ein-Kind-Familie zurückzuführen ist. Gegenwärtig leben in China bereits über 100 Mio. Alte. Der Präsident der Chinesischen Vereinigung der Alten Zhang Wenfan wies kürzlich darauf hin, daß China im



21. Jh. wie die Welt insgesamt mit den damit verbundenen akuten Problemen konfrontiert sei und dringend Vorbereitungen treffen müsse. Seit alters her seien die Alten in China durch die Familie versorgt worden, doch dies werde sich im nächsten Jh. ändern, denn schon in wenigen Jahrzehnten werde das Schema „vier-zwei-eins“ (vier Alte, zwei Arbeitskräfte, ein Kind) das vorherrschende Familienmuster in China sein. Dann sei es ganz unmöglich, daß die Familie die Alten versorge. Diese Aufgabe müsse also Schritt für Schritt die Gesellschaft übernehmen. (Vgl. RMRB, 14.11.97, S.10)

Besonders dringend stellt sich das Problem der Versorgung der Alten auf dem Lande dar, wie kürzlich in einem Bericht der *Volkszeitung* dargelegt wurde (RMRB, 24.11.97, S.9). Mit dem Zusammenbruch der Kollektivwirtschaft und der Einführung marktwirtschaftlicher Elemente ist auch das kollektive Versorgungssystem verschwunden. Während es für die städtische Bevölkerung seit Jahrzehnten eine staatliche Altersrente gibt, fehlt eine solche auf dem Lande. Somit lebt die überwiegende Mehrheit der Menschen (74% der Bevölkerung lebt auf dem Lande) ohne solide Altersversorgung. Bislang war es üblich, daß gerade auf dem Lande die Alten durch die Familie versorgt wurden, und deshalb meinen viele, die Altersversorgung auf dem Lande sei kein Problem. Doch dies wird sich bald ändern, denn die Möglichkeiten der ländlichen Familien, die Alten zu versorgen, werden immer schwächer. Als Gründe werden in dem Artikel angeführt, daß jedes Jahr Millionen von Arbeitskräften in die Städte wandern, deshalb sei das Alterungsproblem auf dem Lande schlimmer als in der Stadt. Ferner wird darauf hingewiesen, daß die Ressource Ackerland immer mehr abnimmt und die Alten vom Boden immer weniger leben könnten. Mit Rücksicht auf die offizielle Familienplanungspolitik wird nicht erwähnt, daß als Hauptproblem die geringere Kinderzahl zu gelten hat.

In dem Bericht wird vorausgesagt, daß China ab dem Jahr 2010 eine alternde Gesellschaft zu werden beginnt. In dem Jahrzehnt 2020-2030 wird die Alterung ihren Höhepunkt erreichen. Wenn man nicht zwei bis drei Jahrzehnte vorher Vorsorge trifft, dann ist eine Grundversorgung der Alten schwer zu bewerkstelligen, so die Prognose. Eine umfassende soziale Altersversorgung für die Landbevölkerung ist also erforderlich. Die mei-

sten Bauernfamilien können heutzutage ihre Grundbedürfnisse befriedigen und genießen sogar bescheidenen Wohlstand, doch die Mehrzahl hat keine Garantie, daß dies auch im Alter so bleibt. Zwar ist in den meisten Gebieten ein Sozialversicherungssystem aufgebaut worden, aber nur in den wohlhabenderen Orten ist es solide und funktioniert. In den meisten Gebieten hingegen ist es rudimentär und instabil, weil die Fonds nicht intakt gehalten werden, die Mittel nicht sachgerecht verwendet werden und die jeweiligen Einheiten (Dörfer oder ländliche Betriebe) nicht ihren Anteil einzahlen. Trotz der großen regionalen Unterschiede haben immerhin gut 2.000 Kreise ein wenn auch vielfach schlecht funktionierendes Sozialversicherungssystem aufgebaut. Daran beteiligen sich gut 82 Mio. Menschen mit Einzahlungen. Die ländlichen Versorgungsfonds speisen sich zu über 50% aus Beiträgen der einzelnen Teilnehmer, das Kollektiv zahlt Zuschüsse von maximal 50%. Die Höhe der Altersrente richtet sich nach den individuellen Einzahlungsbeträgen. Im Alter von 60 Jahren wird eine monatliche Rente ausgezahlt, wobei für zehn Jahre ein Erbspruch besteht, falls der betr. Rentner vor Ablauf des Jahrzehnts stirbt. Danach wird die Rente weiter gezahlt, aber der Erbspruch erlischt. (Ebd.)

Wie es in dem Bericht heißt, zahlen nur gut 82 Mio. der ländlichen Bevölkerung in die ländlichen Versorgungsfonds ein. Dies zeigt, daß das Angebot nur von einer kleinen Minderheit genutzt wird. Sicherlich sind hierfür wirtschaftliche Gründe ausschlaggebend, aber es scheint, daß hier auch noch viel Aufklärungsarbeit vonnöten ist, damit die ländliche Bevölkerung begreift, daß sie Zukunftsvorsorge treffen muß und sich nicht mehr auf die Familie verlassen kann. Das größere Problem scheint allerdings zu sein, daß die Sozialfonds keine stabile Basis haben. Hier sind staatliche Regelungen und vor allem Kontrollen erforderlich, die gewährleisten, daß die Menschen im Alter auch tatsächlich an ihr Geld kommen. -st-

---



---

## Außenwirtschaft

---



---

### 14 Fortschritte in den chinesischem-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen?

Vom 26.10. bis zum 3.11. stattete Chinas Staatspräsident Jiang Zemin den Vereinigten Staaten einen Staatsbesuch ab. Auf wirtschaftlichem Gebiet standen dabei folgende Themen im Vordergrund der Gespräche: das enorm angewachsene US-Handelsbilanzdefizit im bilateralen Handel, der Beitritt Chinas zur WTO (World Trade Organisation) und die zukünftigen Möglichkeiten der Kooperation auf dem Gebiet der Nukleartechnologie.

Das US-Handelsbilanzdefizit mit der Volksrepublik ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gewachsen. 1996 belief sich das Defizit auf 44 Mrd. US\$. US-amerikanische Unternehmen schlossen zwar während des Staatsbesuchs Verträge mit einem Gesamtauftragswert von 4,3 Mrd. US\$ ab. Einen Ausgleich des Handelsbilanzdefizits können diese Verträge allerdings nicht bewirken. Für dieses Jahr wird ein erneutes Rekordminus im beiderseitigen Handelsbilanzsaldo erwartet. Inzwischen trägt die Volksrepublik China den Hauptanteil am Außenhandelsdefizit der USA und wird dieses Jahr erstmals Japan, das bisher die Liste der für die USA defizitären Handelspartner anführte, auf Platz zwei verweisen. Dementsprechend forderte US-Präsident Clinton China auf, die Öffnung seiner Märkte voranzutreiben. Präsident Jiang machte hingegen die seines Erachtens diskriminierenden Exportkontrollen der Vereinigten Staaten im Handel mit China für die defizitäre Entwicklung der beiderseitigen Handelsbilanz verantwortlich. (HB, 22.10.97, 27.10.97, 31.10./01.11.97 und 4.11.97; SCMP, 02.11.97; SZ, 29.10.97)

Der Ruf nach weiterer Öffnung der Märkte Chinas wurde von US-amerikanischer Seite auch im Rahmen der Gespräche über den WTO-Beitritt Chinas laut. Die amerikanische Seite sicherte China zwar ihre Unterstützung für einen möglichst baldigen Beitritt zu, machte ihre Unterstützung allerdings von einer weiteren externen Liberalisierung der chinesischen Volkswirtschaft abhängig.